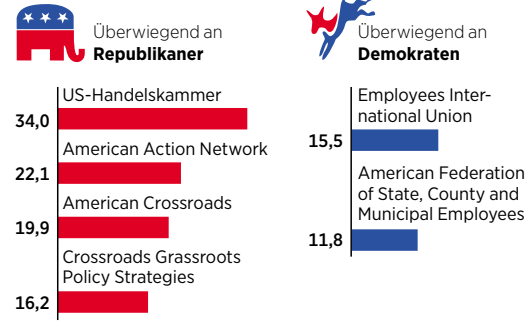




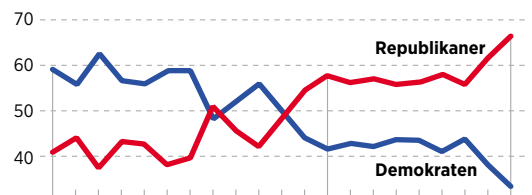
Liberaler Wahlveranstaltung in Washington am Wochenende: Es war der teuerste Wahlkampf aller Zeiten.

**Die einflussreichsten unabhängigen Spender**

Angaben in Mio. Dollar



Spendenverhalten der US-Finanzindustrie, Angaben in Prozent



Handelsblatt Quellen: Center for Responsive Politics; opensecrets.org

**US-Wirtschaft wächst nicht schnell genug**

Astrid Dörner  
New York

Trotz milliardenschwerer Start-hilfen von Staat und Notenbank kommt der Konjunkturmotor in den USA nicht auf Touren: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der weltgrößten Volkswirtschaft legte von Juli bis September aufs Jahr hochgerechnet nur um zwei Prozent zu, wie das Handelsministerium am Freitag in seiner ersten Schätzung mitteilte. „Die Wirtschaft wächst so gut sie kann, aber das ist nicht genug“, sagte Joel Naroff, Gründer des Analysehauses Naroff Economics.

Die Wirtschaftsleistung legte zwar schneller zu als im Frühjahr mit 1,7 Prozent. Dennoch reicht das Tempo bei weitem nicht aus, um die ungewöhnlich hohe Arbeitslosigkeit abzubauen. Sie liegt derzeit bei 9,6 Prozent.

Ermutigende Signale kamen von den immer noch angeschlagenen US-Verbrauchern. Sie steigerten ihre Ausgaben so kräftig wie seit rund vier Jahren nicht mehr. Allerdings gaben sie das Geld vor allem für importierte Güter aus. Die schwache Exportbilanz dämpfte deshalb das Wachstum an anderer Stelle.

**Ausgaben der Regierung steigen**

Auch die Regierung selbst trug kurz vor den Kongresswahlen einen wesentlichen Teil zum Wachstum bei. Die Ausgaben der Regierung sind im dritten Quartal um 8,8 Prozent gestiegen, nachdem sie bereits im Quartal zuvor um 9,1 Prozent zugelegt haben. „Das überkompensiert Kürzungen auf der Ebene der Bundesstaaten und Kommunen“, schreibt Harm Bandholz, USA-Chefvolkswirt der Unicredit. Die Ausgaben der Regierung hätten 0,7 Prozentpunkte zum Wirtschaftswachstum beigetragen.

Beobachter gehen nicht davon aus, dass die Zahlen US-Notenbankchef Ben Bernanke unstimmen werden. Es wird erwartet, dass er am Mittwoch weitere geldpolitische Schritte ankündigt, um der Wirtschaft zu helfen. Die Chefs von mehreren US-Konzernen riefen die Regierung dazu auf, mehr Geld in Forschung und Entwicklung sowie in Bildung zu investieren.

**Der gekaufte Kongress**

Lobbyisten haben so viel Geld in den Wahlkampf gesteckt wie noch nie - die Spender bleiben oft verborgen.

Astrid Dörner  
New York

Endspurt im US-Wahlkampf: Kurz vor dem Wahltag schrecken Bombenpakete aus dem Jemen die Amerikaner auf. Präsident Barack Obama gibt sich daraufhin als entschlossener Krisenmanager, zugleich tritt er noch einmal vor Anhängern auf. Und in Washington gehen zehntausende liberal gesinnte Bürger für „die Wiederherstellung der Vernunft“ auf die Straße - eine Art Gegenveranstaltung gegen die radikal-konservative und schrille Tea-Party.

Mit der Mobilisierung des Obama-Lagers geht ein Wahlkampf zu Ende, der nicht nur rhetorisch, sondern auch finanziell neue Maßstäbe gesetzt hat. Wenn morgen Millionen Amerikaner wählen gehen, dann wurde ihre Entscheidung so stark wie noch nie von Interessensgruppen und Lobbyisten beeinflusst. Rund 230 Mio. Dollar haben sie in die Kongresswahlen gepumpt, zeigen aktuelle Zahlen des Center for Responsive Politics (CRP), einen Think Thank, der die Spenden analysiert. Das ist ein neuer Rekord. Der größte Teil des Geldes ging an die Republikaner und

an die radikal-konservative Tea-Party-Bewegung. Den Umfragen zufolge werden die Konservativen Barack Obamas Demokraten eine schwere Niederlage bescheren.

Zwar kommt der größte Teil der Spenden weiterhin aus den Parteien selbst oder aus parteinahen Organisationen. Aber das Geld von außen macht eben einen durchaus erklecklichen Anteil aus. Insgesamt summieren sie die Wahlkampfgelder so auf vier Milliarden Dollar - es ist die teuerste Wahl der US-Geschichte.

**Eine Flut von politischen Werbespots**

Wer diese sogenannten Außenseiter-Gruppen finanziert, bleibt jedoch meist im Verborgenen. Das hat sie attraktiv gemacht für eine ganze Reihe von Obamas politischen Gegnern. In den USA wird sehr stark darauf geachtet, welches Unternehmen und welcher Vorstand wie viel Geld für welche Kandidaten ausgibt. Das können die Konzerne nun einfach umgehen und aus dem Hintergrund die Politik beeinflussen.

„Außenseiter-Gruppen schalten eine Flut von politischen Werbespots. Aber für Wähler ist es fast un-

möglich zu erkennen, ob sie damit nur ihre eigenen, sehr speziellen Interessen durchsetzen wollen“, kritisiert Sheila Krumholz von CRP.

Eine Passage im Steuergesetz macht das verdeckte Spenden möglich. Sie erlaubt es steuerbefreiten gemeinnützigen Gruppen, ihre Geldgeber von der Öffentlichkeit fern zu halten. Hinzu kommt eine Entscheidung des Verfassungsgerichtes, die es Unternehmen, gemeinnützigen Organisationen und Handelsverbänden erlaubt, in unbegrenzten Umfang für politische Zwecke zu spenden.

Die Außenseiter-Gruppen arbeiten gezielt und effektiv, deshalb kommen sie mit vergleichsweise wenig Geld aus. Anders als bei Präsidentschaftswahlkämpfen ist es deutlich günstiger, lokale Fernseh- und Radiowerbung für Senatoren und Kongressabgeordnete zu schalten. Einige sprechen sich untereinander ab und analysieren genau, in welchen Rennen sie mit aggressiven Kampagnen die größte Wirkung erzielen können.

Die finanzstärkste Organisation ist die US-Handelskammer. 34 Mio. Dollar hat die Handelskammer in den Wahlkampf gepumpt - etwa 90

Prozent davon an Republikaner und Tea-Party. Hinter ihr steht die geballte Wut von Amerikas Unternehmern über Obamas „geschäftsfreundliche“ Politik. Über ihre einflussreiche Rolle sprechen will die Kammer allerdings nicht. Ein bereits zugesagtes Interview mit dem Handelsblatt wurde kurzerhand wieder abgesagt, nachdem die Kammer Kenntnis über die Fragen erlangt hatte.

Auch andere Gruppen ziehen anonyme Gelder an. Sie nennen sich „American Action Network“ oder „American Crossroads“ und haben jeweils etwa 20 Mio. Dollar für konservative Kandidaten ausgegeben. American Crossroads wurde gegründet von Karl Rove, dem ehemaligen Strategen von George W. Bush.

Die Partei des Präsidenten dagegen profitiert kaum von der neuen Art der Wahlkampf-Finanzierung. Ihre Unterstützer von Außen sind meist Gewerkschaften, die weder so finanzstark noch so aggressiv sind. Auf jeden Dollar, den sie ausgeben kommen 2,16 Dollar von konservativen Gruppen.

Mitarbeit: Markus Ziener

**TÜRKEI  
Selbstmordanschlag im Zentrum von Istanbul**



Ort des Anschlags in Istanbul.

Ein Selbstmordattentäter hat sich am Sonntag vor einem Polizeiposten auf dem Taksim-Platz in Istanbul in die Luft gesprengt und 32 Menschen verletzt. Darunter waren auch 17 Passanten. Polizeichef Hüseyin Capkin sagte, der Angreifer habe vergeblich versucht, mit seiner Bombe am Körper in einen Einsatzbus zu gelangen. Gestern lief eine von der verbotenen Kurdischen Arbeiterpartei PKK einseitig erklärte Waffenruhe aus. Innenminister Besir Atalay sagte aber, für Beschuldigungen sei es zu früh. dpa

**Deutsche Soldaten bei Angriff in Kundus verletzt**

Bei einem Angriff der Bundeswehr und der afghanischen Armee auf Taliban-Stellungen in der nordafghanischen Provinz Kundus sind am Sonntag vier deutsche Soldaten leicht verletzt worden. Ein Bundeswehr-Sprecher in Kundus sagte, es habe Verluste auf der Seite der Aufständischen gegeben. Genaue Angaben dazu lägen aber nicht vor. Ein Schützenpanzer vom Typ Marder sei in eine Sprengfalle geraten und beschädigt worden, sei aber weiter einsatzfähig. Auch ein zweites Bundeswehr-Fahrzeug sei beschädigt worden. dpa

**Große Mehrheit hat Verständnis für Castor-Proteste**

Eine große Mehrheit der Deutschen hat einer Umfrage zufolge Verständnis für die Proteste gegen den Castor-Transport von der französischen Wiederaufbereitungsanlage La Hague nach Gorleben. Gefragt, ob sie „Verständnis für Proteste der ansässigen Bevölkerung sowie von Atomkraftgegnern gegen diesen Transport“ hätten, antworteten 80 Prozent mit Ja, wie die Umweltschutzorganisation Greenpeace in Hamburg mitteilte. Sie ließ 1001 Menschen im ganzen Bundesgebiet von TNS Emnid befragen. afp

**Merkel und Cameron diskutieren über Sicherheit**

Bundeskanzlerin **Angela Merkel** (CDU) und der britische Premierminister **David Cameron** haben ihre enge Zusammenarbeit bei der Abwehr terroristischer Bedrohungen bekräftigt. Merkel und Cameron seien darin übereingekommen, die „enge und effektive Kooperation bei der Terrorabwehr“ zwischen den Behörden fortzusetzen, sagte eine Sprecherin Camerons. Es habe „gute und substantielle“ Gespräche gegeben. Cameron habe Merkel zudem über den Ermittlungsstand nach dem Fund von zwei Paketbomben informiert. afp

**Der Papst kommt 2011 nach Deutschland**

Papst Benedikt XVI. will einem Zeitungsbericht zufolge 2011 nach Deutschland kommen. Der Besuch sei mit dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch, bei dessen Rom-Aufenthalt in der vergangenen Woche besprochen worden, berichtet die „Frankfurter Rundschau“. Es wäre der erste offizielle Staatsbesuch des Kirchenoberhaupts in seiner Heimat. Benedikts zwei bisherige Deutschland-Reisen - 2005 nach Köln zum Weltjugendtag und 2006 nach Bayern - waren keine Staatsbesuche. dpa

**Früh in Rente, früh ins Grab**

Vorsicht vor dem Vorruhestand: Wer jung aus dem Arbeitsleben ausscheidet, stirbt oft auch eher.

Olaf Storbeck  
London

Früher muss auch mal Schluss sein. Das dachte sich die Harvard-Universität 1990 und schickte Thomas Schelling in Rente. 69 Jahre war der Ökonom damals alt - und hatte keine Lust auf den Ruhestand. Schelling wechselte an die University of Maryland, die keine Altersbeschränkung für Professoren hat. Dort forscht der Ökonomie-Nobelpreisträger des Jahres 2005 bis heute.

Eine gute Entscheidung - das legt eine Reihe von Studien nahe. Denn je eher ein Mensch sich zur Ruhe setzt, desto eher beginnt sein körperlicher und geistiger Verfall. Nicht wenige Männer bezahlen einen frühen Rentenbeginn gar mit ihrem Leben, weil sich dann die Lebensweise ändert, zeigen die Arbeiten von Ökonomen.

Pensionäre leben passiver, ihr Gehirn wird nicht mehr genug gefordert und lässt nach. Zudem macht manchen Rentnern zu schaffen, dass sie nicht mehr gebraucht werden. Den Frust bekämpfen viele mit Alkohol und Zigaretten, was das Risiko von Herz-Kreislauf-Erkrankungen erhöht. Dies gilt aber nur für Männer - vor allem, wenn sie gegen ihren Willen in Frührente geschickt werden.

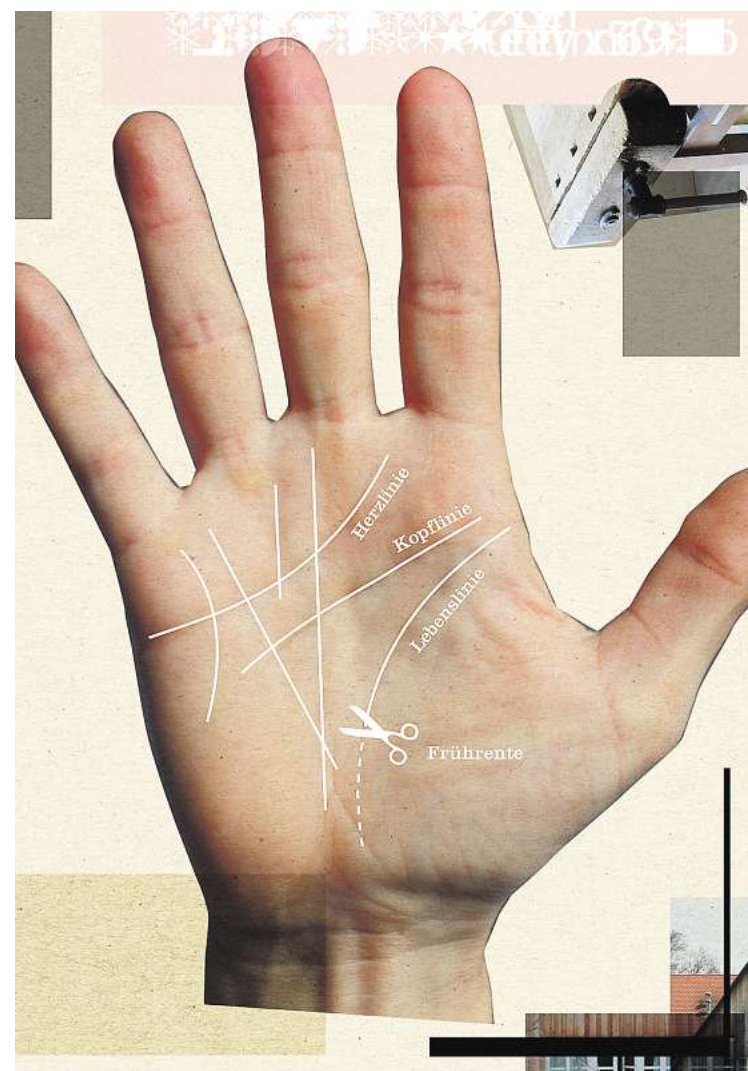
Die Forschungsergebnisse relativieren die Sorgen vieler Menschen vor einer längeren Lebensarbeitszeit. In Frankreich haben Proteste gegen eine Verschiebung des Renteneintrittsalters von 60 auf 62 Jahre wochenlang das Land lahmgelegt. Körperlich hart arbeitenden Menschen, so ein zentrales Gegenargument der Demonstranten, sei ein späterer Rentenbeginn nicht zumutbar.

Dies stellen Volkswirte der Universität Zürich jetzt infrage. „Wir finden keinerlei Belege dafür, dass es für Industriearbeiter aus gesundheitlichen Gründen gut ist, früh in den Ruhestand zu gehen“, sagt Andreas Kuhn, einer der Autoren der Studie „Fatal Attraction? Access to Early Retirement and Mortality“.

Tatsächlich sei das Gegenteil der Fall: Wer früher in Rente gehe, sterbe früher.

Grundlage der Arbeit sind detaillierte Daten aus Österreich. Diese ermöglichen es den Forschern, Ursache und Wirkung bei dem Zusammenhang von Renteneintritt und Gesundheit sauber zu trennen. Das ist normalerweise kaum möglich. Wie soll man erkennen, ob jemand nicht deshalb in den Vorruhestand geht, weil er krank ist?

Dieses Problem konnten die Züricher Forscher umschiffen. Sie werteten



den Daten eines Vorruhestandsprogramms aus, das von 1988 bis 1993 in Österreich den Niedergang der Schwerindustrie abfedern sollte. In der Schweiz sind die Ergebnisse ähnlich. Diese erlauben es den Forschern, Ursache und Wirkung bei dem Zusammenhang von Renteneintritt und Gesundheit sauber zu trennen. Das ist normalerweise kaum möglich. Wie soll man erkennen, ob jemand nicht deshalb in den Vorruhestand geht, weil er krank ist?

Die Ökonomen analysierten die Lebenserwartung von Beschäftigten, die zwischen 1929 und 1941 geboren wurden und in Landesteilen lebten, in denen das Programm galt. Als Vergleichsgruppe zogen sie gleich alte Arbeitnehmer aus anderen Regionen heran.

Die Wissenschaftler kannten die detaillierte Erwerbsbiografie, die Einkommensverhältnisse und das Datum des Rentenbeginns von fast 21 000 Österreichern. Zudem wussten sie, wer in dem Zeitraum bis 2008 wann gestorben ist. Kuhn: „Alle Personen waren Industriearbeiter, die körperlich anstrengende Jobs hatten.“

In den Krisenregionen, in denen die Vorruhestandsregel galt, gingen die Männer im Schnitt neun Monate eher in Rente als ihre Altersgenossen im Rest des Landes. Doch viele dieser Frührentner konnten ihren Ruhestand nicht mehr genießen. „Bei Männern führt ein früherer Rentenbeginn zu einem deutlich höheren Risiko, vorzeitig zu sterben“, sagt Kuhn.

Mit jedem Jahr, das ein Arbeitnehmer früher in Rente geht, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass er seinen 68. Geburtstag nicht mehr erlebt, um 13 Prozent - und das, obwohl diese Menschen während ihres Arbeitslebens nicht häufiger krank waren als Kollegen, die später in Rente gingen. Zudem gab es vor Beginn der Vorruhestandsregeln in den verschiedenen Regionen keine Unterschiede in der Lebenserwartung. Bei denen deutet darauf hin, dass der frühere Rentenbeginn die Ursache für den früheren Tod ist.

Wie lässt sich das erklären? Von rund 70 Prozent aller Gestorbenen kannten die Forscher auch die Todesursache. Frührentner, so stellen sie fest, starben weit häufiger an einem Herzinfarkt, einer Hirnblutung oder anderen Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Bei allen anderen Todesursachen gibt es zwischen beiden Gruppen keine Unterschiede.

Diese Ergebnisse stützen den Befund einer Studie der St. Gallener

Grundlage der Arbeit mit dem Titel „Mental Retirement“ sind Daten aus repräsentativen Umfragen in den USA und zwölf europäischen Ländern unter mehr als 40 000 Menschen, die älter als 50 sind. Dazu gehörte auch ein Gedächtnistest: Ihnen wurden zehn Begriffe wie „See“, „Auto“ oder „Armee“ vorgelesen, die sie dann wiederholen sollten. In den USA und Dänemark, wo viele 60- bis 65-Jährige im Arbeitsleben stehen, waren die Ergebnisse weit besser als in Deutschland, Frankreich und anderen Ländern mit frühem Rentenbeginn. Dass Menschen eher in Ruhestand gehen, gerade weil ihr Hirn früher schwächelt, schließt die Forscher aus. Denn der Rentenbeginn hänge vor allem von Renten- und Steuergesetzen ab. Ihre Ergebnisse bringen die Forscher auf eine einfache Formel: „Wer rastet, der rostet.“

Die Züricher Forscher vermuten, dass die Lebensweise der Rentner dafür verantwortlich ist. Denn: „Viele der Hauptrisikofaktoren von Herz-Kreislauf-Erkrankungen - Rauchen, Alkoholkonsum und die Ernährung - hängen direkt mit dem persönlichen Lebensstil zusammen.“ Auch die US-Ökonomen Susann Rohwedder und Robert Willis finden handfeste Belege dafür, dass das Rentnerdasein vielen Menschen nicht gut bekommt: Pensionäre verdünnen schneller, stellen sie fest. Je weniger über 60-Jährige in einem Land arbeiten, desto schlechter sind die geistigen Fähigkeiten dieser Altersgruppe.

Grundlage der Arbeit mit dem Titel „Mental Retirement“ sind Daten aus repräsentativen Umfragen in den USA und zwölf europäischen Ländern unter mehr als 40 000 Menschen, die älter als 50 sind. Dazu gehörte auch ein Gedächtnistest: Ihnen wurden zehn Begriffe wie „See“, „Auto“ oder „Armee“ vorgelesen, die sie dann wiederholen sollten. In den USA und Dänemark, wo viele 60- bis 65-Jährige im Arbeitsleben stehen, waren die Ergebnisse weit besser als in Deutschland, Frankreich und anderen Ländern mit frühem Rentenbeginn. Dass Menschen eher in Ruhestand gehen, gerade weil ihr Hirn früher schwächelt, schließt die Forscher aus. Denn der Rentenbeginn hänge vor allem von Renten- und Steuergesetzen ab. Ihre Ergebnisse bringen die Forscher auf eine einfache Formel: „Wer rastet, der rostet.“

Die Züricher Forscher vermuten, dass die Lebensweise der Rentner dafür verantwortlich ist. Denn: „Viele der Hauptrisikofaktoren von Herz-Kreislauf-Erkrankungen - Rauchen, Alkoholkonsum und die Ernährung - hängen direkt mit dem persönlichen Lebensstil zusammen.“ Auch die US-Ökonomen Susann Rohwedder und Robert Willis finden handfeste Belege dafür, dass das Rentnerdasein vielen Menschen nicht gut bekommt: Pensionäre verdünnen schneller, stellen sie fest. Je weniger über 60-Jährige in einem Land arbeiten, desto schlechter sind die geistigen Fähigkeiten dieser Altersgruppe.

Grundlage der Arbeit mit dem Titel „Mental Retirement“ sind Daten aus repräsentativen Umfragen in den USA und zwölf europäischen Ländern unter mehr als 40 000 Menschen, die älter als 50 sind. Dazu gehörte auch ein Gedächtnistest: Ihnen wurden zehn Begriffe wie „See“, „Auto“ oder „Armee“ vorgelesen, die sie dann wiederholen sollten. In den USA und Dänemark, wo viele 60- bis 65-Jährige im Arbeitsleben stehen, waren die Ergebnisse weit besser als in Deutschland, Frankreich und anderen Ländern mit frühem Rentenbeginn. Dass Menschen eher in Ruhestand gehen, gerade weil ihr Hirn früher schwächelt, schließt die Forscher aus. Denn der Rentenbeginn hänge vor allem von Renten- und Steuergesetzen ab. Ihre Ergebnisse bringen die Forscher auf eine einfache Formel: „Wer rastet, der rostet.“

Die Ökonomen analysierten die Lebenserwartung von Beschäftigten, die zwischen 1929 und 1941 geboren wurden und in Landesteilen lebten, in denen das Programm galt. Als Vergleichsgruppe zogen sie gleich alte Arbeitnehmer aus anderen Regionen heran.

Die Wissenschaftler kannten die detaillierte Erwerbsbiografie, die Einkommensverhältnisse und das Datum des Rentenbeginns von fast 21 000 Österreichern. Zudem wussten sie, wer in dem Zeitraum bis 2008 wann gestorben ist. Kuhn: „Alle Personen waren Industriearbeiter, die körperlich anstrengende Jobs hatten.“

In den Krisenregionen, in denen die Vorruhestandsregel galt, gingen die Männer im Schnitt neun Monate eher in Rente als ihre Altersgenossen im Rest des Landes. Doch viele dieser Frührentner konnten ihren Ruhestand nicht mehr genießen. „Bei Männern führt ein früherer Rentenbeginn zu einem deutlich höheren Risiko, vorzeitig zu sterben“, sagt Kuhn.

Mit jedem Jahr, das ein Arbeitnehmer früher in Rente geht, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass er seinen 68. Geburtstag nicht mehr erlebt, um 13 Prozent - und das, obwohl diese Menschen während ihres Arbeitslebens nicht häufiger krank waren als Kollegen, die später in Rente gingen. Zudem gab es vor Beginn der Vorruhestandsregeln in den verschiedenen Regionen keine Unterschiede in der Lebenserwartung. Bei denen deutet darauf hin, dass der frühere Rentenbeginn die Ursache für den früheren Tod ist.

Wie lässt sich das erklären? Von rund 70 Prozent aller Gestorbenen kannten die Forscher auch die Todesursache. Frührentner, so stellen sie fest, starben weit häufiger an einem Herzinfarkt, einer Hirnblutung oder anderen Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Bei allen anderen Todesursachen gibt es zwischen beiden Gruppen keine Unterschiede.

Diese Ergebnisse stützen den Befund einer Studie der St. Gallener

Grundlage der Arbeit mit dem Titel „Mental Retirement“ sind Daten aus repräsentativen Umfragen in den USA und zwölf europäischen Ländern unter mehr als 40 000 Menschen, die älter als 50 sind. Dazu gehörte auch ein Gedächtnistest: Ihnen wurden zehn Begriffe wie „See“, „Auto“ oder „Armee“ vorgelesen, die sie dann wiederholen sollten. In den USA und Dänemark, wo viele 60- bis 65-Jährige im Arbeitsleben stehen, waren die Ergebnisse weit besser als in Deutschland, Frankreich und anderen Ländern mit frühem Rentenbeginn. Dass Menschen eher in Ruhestand gehen, gerade weil ihr Hirn früher schwächelt, schließt die Forscher aus. Denn der Rentenbeginn hänge vor allem von Renten- und Steuergesetzen ab. Ihre Ergebnisse bringen die Forscher auf eine einfache Formel: „Wer rastet, der rostet.“

Die Züricher Forscher vermuten, dass die Lebensweise der Rentner dafür verantwortlich ist. Denn: „Viele der Hauptrisikofaktoren von Herz-Kreislauf-Erkrankungen - Rauchen, Alkoholkonsum und die Ernährung - hängen direkt mit dem persönlichen Lebensstil zusammen.“ Auch die US-Ökonomen Susann Rohwedder und Robert Willis finden handfeste Belege dafür, dass das Rentnerdasein vielen Menschen nicht gut bekommt: Pensionäre verdünnen schneller, stellen sie fest. Je weniger über 60-Jährige in einem Land arbeiten, desto schlechter sind die geistigen Fähigkeiten dieser Altersgruppe.

Grundlage der Arbeit mit dem Titel „Mental Retirement“ sind Daten aus repräsentativen Umfragen in den USA und zwölf europäischen Ländern unter mehr als 40 000 Menschen, die älter als 50 sind. Dazu gehörte auch ein Gedächtnistest: Ihnen wurden zehn Begriffe wie „See“, „Auto“ oder „Armee“ vorgelesen, die sie dann wiederholen sollten. In den USA und Dänemark, wo viele 60- bis 65-Jährige im Arbeitsleben stehen, waren die Ergebnisse weit besser als in Deutschland, Frankreich und anderen Ländern mit frühem Rentenbeginn. Dass Menschen eher in Ruhestand gehen, gerade weil ihr Hirn früher schwächelt, schließt die Forscher aus. Denn der Rentenbeginn hänge vor allem von Renten- und Steuergesetzen ab. Ihre Ergebnisse bringen die Forscher auf eine einfache Formel: „Wer rastet, der rostet.“

Die Ökonomen analysierten die Lebenserwartung von Beschäftigten, die zwischen 1929 und 1941 geboren wurden und in Landesteilen lebten, in denen das Programm galt. Als Vergleichsgruppe zogen sie gleich alte Arbeitnehmer aus anderen Regionen heran.

Die Wissenschaftler kannten die detaillierte Erwerbsbiografie, die Einkommensverhältnisse und das Datum des Rentenbeginns von fast 21 000 Österreichern. Zudem wussten sie, wer in dem Zeitraum bis 2008 wann gestorben ist. Kuhn: „Alle Personen waren Industriearbeiter, die körperlich anstrengende Jobs hatten.“

In den Krisenregionen, in denen die Vorruhestandsregel galt, gingen die Männer im Schnitt neun Monate eher in Rente als ihre Altersgenossen im Rest des Landes. Doch viele dieser Frührentner konnten ihren Ruhestand nicht mehr genießen. „Bei Männern führt ein früherer Rentenbeginn zu einem deutlich höheren Risiko, vorzeitig zu sterben“, sagt Kuhn.

Mit jedem Jahr, das ein Arbeitnehmer früher in Rente geht, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass er seinen 68. Geburtstag nicht mehr erlebt, um 13 Prozent - und das, obwohl diese Menschen während ihres Arbeitslebens nicht häufiger krank waren als Kollegen, die später in Rente gingen. Zudem gab es vor Beginn der Vorruhestandsregeln in den verschiedenen Regionen keine Unterschiede in der Lebenserwartung. Bei denen deutet darauf hin, dass der frühere Rentenbeginn die Ursache für den früheren Tod ist.

Wie lässt sich das erklären? Von rund 70 Prozent aller Gestorbenen kannten die Forscher auch die Todesursache. Frührentner, so stellen sie fest, starben weit häufiger an einem Herzinfarkt, einer Hirnblutung oder anderen Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Bei allen anderen Todesursachen gibt es zwischen beiden Gruppen keine Unterschiede.

Diese Ergebnisse stützen den Befund einer Studie der St. Gallener

Grundlage der Arbeit mit dem Titel „Mental Retirement“ sind Daten aus repräsentativen Umfragen in den USA und zwölf europäischen Ländern unter mehr als 40 000 Menschen, die älter als 50 sind. Dazu gehörte auch ein Gedächtnistest: Ihnen wurden zehn Begriffe wie „See“, „Auto“ oder „Armee“ vorgelesen, die sie dann wiederholen sollten. In den USA und Dänemark, wo viele 60- bis 65-Jährige im Arbeitsleben stehen, waren die Ergebnisse weit besser als in Deutschland, Frankreich und anderen Ländern mit frühem Rentenbeginn. Dass Menschen eher in Ruhestand gehen, gerade weil ihr Hirn früher schwächelt, schließt die Forscher aus. Denn der Rentenbeginn hänge vor allem von Renten- und Steuergesetzen ab. Ihre Ergebnisse bringen die Forscher auf eine einfache Formel: „Wer rastet, der rostet.“

**H** Forschungstrends aus VWL und BWL per E-Mail handelsblatt.com/oeikonl

**Wissenswert:** Ohne prosperierende Städte hätte es den wirtschaftlichen Aufstieg Europas nicht gegeben. Aber wovon hängt es ab, ob sich eine Siedlung zu einer Stadt entwickelt oder nicht?

Olaf Storbeck  
London

Viele Kölner stellen sich diese Frage regelmäßig: Warum gibt es eigentlich Düsseldorf?

Die Antwort, die niederländische Wissenschaftler jetzt auf diese Frage geben, dürfte den Kölnern nicht gefallen. Denn einiges spricht dafür, dass sie den Aufstieg des ungeliebten Lokalrivalen gut 40 Kilometer weiter nördlich teilweise selbst zu verantworten haben.

Die Wirtschaftsgeografen Maarten Bosker (Universität Groningen) und Eltjo Buringh (Universität Utrecht) haben untersucht, warum es die Städte gibt, die heute in Europa existieren, und warum andere Siedlungen klein geblieben sind. Die Wissenschaftler konzentrieren sich auf die Zeit zwischen 800 und 1800. In diesen Jahren bildeten sich die urbanen Strukturen heraus, die das Gesicht des Kontinents bis heute prägen und die Europas wirtschaftlichen Aufstieg möglich machten. Denn in Städten war die wirtschaftliche Produktivität und Innovationskraft viel größer als auf dem Land.

Die Forscher haben diese Daten nicht nur für die Städte zusammengetragen, die sich tatsächlich entwickelt haben, sondern auch für potenzielle Metropolen, die sich aber nicht dazu entwickelt haben. Als potenziellen Standort betrachteten die Forscher unter anderem die 456 Orte, die im Jahr 600 so wichtig waren, dass die katholische Kirche sie zu einem Bischofssitz machte. Nur 260 davon stiegen später zu einer Stadt mit mehr als 5000 Einwohnern auf.

Die Faktoren, die dazu führten, haben sich im Laufe der Jahrhunderte deutlich verschoben, stellen die Forscher fest. Im Mittelalter kam es vor allem auf die naturgegebenen geografischen Rahmenbedingungen an. Wichtig waren fruchtbares Ackerland im unmittelbaren Umland, so dass die Einwohner sich mit Nahrung versorgen konnten, und die Nähe zu einem schiffbaren Fluss. Damals waren Binnengewässer die mit Abstand wichtigsten Transportwege.

Straßen waren im Mittelalter noch keine Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung: Orte, die an alten Römerstraßen lagen, entwickelten sich im Mittelalter sogar seltener zu Zentren. Negativ wirkte sich auch die Nähe zu einer bereits existierenden oder einer potenziellen Stadt aus, weil die verschiedenen Siedlungen dann in einem harten Wettbewerb um knappe Nahrungsmittel standen. Nachbarorte nahmen sich quasi gegenseitig die Luft zum Atmen.

Im Laufe der Jahrhunderte wendete sich das Blatt. Die Produktivität in der Landwirtschaft stieg, die Transportkosten sanken. Dadurch wurde die naturgegebene Lage im-

456

Bischofssitze gab es im Europa des Jahres 600 - aber nur 260 davon entwickelten sich später zu einer Stadt.

Quelle: Bosker/Buringh (2010)